AUSGABE 38 NOVEMBER 2016

SCHWARZER PETER
VEREIN FÜR GASSENARBEIT SCHWARZER PETER





SOZIALE ARBEIT IST IMMER AUCH

POLITISCHE ARBEIT!

«Ein Profi der Sozialen Arbeit wird man erst, wenn man sich nicht nur vom Leid der Menschen berühren lässt, sondern wenn man die Bedingungen, unter denen man helfen soll, aber es kaum wirklich kann, ohne Angst und Skrupel analysiert und die Gründe für diese Bedingungen hinterfragt und laut benennt. Ein Profi der Sozialen Arbeit wird man erst, wenn man Empörung als blosse Geste abgelegt hat, und begreift, dass und warum Empörung schlicht notwendig ist, ob man es will oder nicht.» Mechthild Seithe, Sozial Aktuell 5/2016

DIE ARBEIT DES SCHWARZEN PETER HAT VIER SCHWERPUNKTE:

- 1 Über die AUFSUCHENDE SOZIALE ARBEIT im öffentlich zugänglichen Raum haben wir im PETER 36 berichtet.
- 2 Der NIEDERSCHWELLIGEN BERATUNG war ein Text im PETER 35 gewidmet.
- 3 Verschiedene PROJEKTE UND AKTIONEN werden regelmässig in unseren Jahresberichten beschrieben.
- 4 In dieser Ausgabe richten wir nun den Blick auf unsere ÖFFENT-LICHKEITSARBEIT, die Interessenvertretung und unser sozialpolitisches Engagement.

Dass Soziale Arbeit immer auch politisch ist und sein muss erläutert unter anderem **Carlo Knöpfel** auf Seite 15. Wie unser sozialpolitisches Engagement von einem Vertreter der Basler Regierung wahrgenommen wird, ist im Interview mit **Christoph Brutschin** auf Seite 17 zu lesen. Die sichtbare Präsenz jeder Surpriseverkäuferin und jedes Surpriseverkäufers im öffentlichen Raum ist per se ein politisches Statement, findet **Paola Gallo** auf Seite 19.

Im öffentlichen Raum braucht es ein Aufenthaltsrecht und eine Aufenthaltsqualität für alle, dies ist unser Plädoyer auf Seite 8. Wie Betroffene sich selbst gegen Armut engagieren können, zeigt Avji Sirmoglu auf Seite 18. Worin unsere Öffentlichkeitsarbeit besteht und wofür wir Soziale Medien nutzen, beschreiben wir auf Seite 5, unsere konkrete Interessenvertretung ist auf Seite 7 beschrieben.

Zum Abrunden erzählt unsere Jubilarin **Yvonne Bürgin** auf Seite 21, was sich in zehn Jahren beim Schwarzer Peter entwickelt hat. Und dass unsere Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren professioneller wurde, davon möchten wir die LeserInnen sowieso mit jeder neuen Ausgabe des PETER überzeugen, aber auch speziell mit der Fotostrecke von **Tjefa Wegener**. Wir finden die Wahlplakate in diesem Heft mindestens so ansprechend wie diejenigen, über die Sie sich den ganzen Herbst über freuen oder auch ärgern konnten.

Jetzt wünschen wir gute Unterhaltung, hoffen auf reges Interesse und freuen uns über Rückmeldungen unter:

team@schwarzerpeter.ch oder https://www.facebook.com/schwarzer.peter.39



DIE MEDIEN LESEN MIT!

UND DAS IST GUT SO!

Tobias Hochstrasser in den Regierungsrat

«DIE MEDIEN UNTERSCHEIDEN NICHT,

OB JEMAND ETWAS MACHT ODER NUR VON SICH REDEN MACHT.»

Ernst Reinhardt, Schweizer Publizist

Natürlich ist es ein willkommener Nebeneffekt, wenn der Schwarze Peter durch Erwähnungen in den Medien an Bekanntheit gewinnt, doch ist unsere Öffentlichkeitsarbeit nie ein Selbstzweck. Sie dient immer den Anliegen unserer Klientel, sei es, dass diese direkt formuliert werden, sei es, dass wir aus der Arbeit mit den einzelnen Menschen Rückschlüsse auf weit verbreitete Missstände ziehen können. Wir betreiben eine aktive und eine passive Öffentlichkeitsarbeit.

ZUR AKTIVEN GEHÖREN:

DER PETER: Unser Magazin erscheint zwei Mal jährlich und wird an etwa 900 Adressen versendet, an Interessierte abgegeben und ist auch aus dem Internet downloadbar. Die Maiausgabe beinhaltet jeweils auch unseren Jahresbericht, im November gibt es ein Schwerpunktthema.

DIE HOMEPAGE: Unter www.schwarzerpeter.ch findet man viele Informationen zum Verein, unserer Arbeit, den Öffnungszeiten und unsere Angebote, Infoflyer, wichtige Links für unsere KlientInnen und einen Pressespiegel. Aktuelles gibt es hier eher selten zu lesen.

DER FACEBOOK-AUFTRITT: Wer uns auf facebook sucht, wird sicher fündig, wenn sie/er «Schwarzer Peter» eingibt. Allerdings befand vor einiger Zeit Herr Zuckerberg, dass «Schwarzer» kein gängiger Vorname sei und hat uns umgehend gesperrt. Deshalb heissen wir jetzt halt «Peter Schwarzer». Wir sind bewusst eine «Person» geblieben und haben nicht eine «Seite» erstellt, weil wir so viel mehr Möglichkeiten haben und vor allem direkter mit unseren FreundInnen kommunizieren können. Wofür wir diese Plattform alles nutzen, ist im Kasten aufgeführt.

MEDIENMITTEILUNGEN: Unser Medienverteiler umfasst über 30 Mailadressen von hauptsächlich lokalen Redaktionen oder Medienschaffenden. Auf diesem Weg haben wir uns die letzten Jahre geäussert

zur Verschiebung der Kontakt- und Anlaufstellen auf den Dreispitz, zur Eröffnung unserer (mittlerweile wieder geschlossenen) Familienanlaufstelle PETERli, zum Leerwohnungsbestand 2014 oder zur Initiative «Recht auf Wohnen».

ZUR PASSIVEN GEHÖREN:

MEDIENANFRAGEN: Es ist sicher auch unserer seriösen Medienarbeit zu verdanken, dass wir bei Themen wie Wohnungsnot, Aufenthalt im öffentlichen Raum oder Armut als Fachstelle wahrgenommen werden und immer häufiger Medienanfragen bekommen. So sind wir in Zeitungen, Radiosendungen und im Fernsehen präsent. Diese Medienberichte sind wiederum auf unserer Website archiviert und werden von uns auf facebook geteilt, sogar einen altmodischen Ordner mit Zeitungsausschnitten pflegen wir immer noch.

ARTIKEL UND FÜHRUNGEN: Auch die sozialarbeiterische Fachwelt fragt uns immer wieder an für Artikel, Referate oder Stadtführungen.

UNSERE ARBEIT PRÄSENTIEREN: Wir werden regelmässig eingeladen unsere Arbeit vorzustellen. So zum Beispiel an Schulen, bei PolizeiaspirantInnen, SpenderInnen oder gar Fasnachtscliquen. Hier ist immer der wichtigste Aspekt, neben der Institution Schwarzer Peter die Lebensrealitäten unserer KlientInnen den Menschen näherzubringen.



Seit April 2009 gibt es den Schwarzen Peter oder eben «Peter Schwarzer» auf facebook. Das Durchforsten unserer Aktivitäten von Mitte März bis Mitte September 2016 hat Folgendes gezeigt: Am 17. September hatten wir sage und schreibe 2631 FreundInnen. Im Durchschnitt posteten wir täglich 1.25 mal.

Diese Posts sind sehr vielfältig und umfassen unter anderem:

- eigene Medienmitteilungen und -artikel, den PETER, unsere Infoflyer
 Medienbeiträge zu Themen wie Wohnen, Armut, Schulden, Betreibungen, prekäre Arbeit, Erwerbslosigkeit, öffentlicher Raum, Prostitution, «Randständige», Betteln, Stadtplanung, alternative Wohnformen, Sozialversicherungen, Umverteilung, Alkohol, Pillen, Gras, Kriminalisierung, Kinderarmut, Altersarmut, Basler Sozialgeschichte, Ratgeber/Tipps, Angebote wie die «Kulturlegi»
- Fachartikel
- Berichte aus unserem Alltag und von Aktionen (Grillfeste, FCB-Matchbesuch, Kleidertausch, Bürosprechstunde, Grossratshearings, Turniere unserer Fussballmannschaft «Dragons», Schlauchbootrennen, gratis Coiffeur, «blyyb warm», Pisspass, Schaufenstergalerie, geänderte Öffnungszeiten, Umbau des Büros, Erlebnisse auf der Gasse)

- Migration und das Verhältnis zur «einheimischen» Armutsbetroffenheit
- · Veranstaltungen, Spendenaktionen und -aufrufe
- Witziges
- News aus dem Sozialbereich
- News im Fussball (naja, da gibt's zumindest bezüglich Tabelle der Super Leaque ja nie Neuigkeiten ...)
- Hinweise auf andere Seiten
- Umgang mit facebook (Hinweise auf «fakes», Fragen der Privatsphäre, Kommentare oder melden, wenn jemand «gedisst» wird)

Ebenso finden Beratungen und Kommunikation per Chat regelmässig statt. Auch dies gehört heute zur Niederschwelligkeit. Ausserdem betreuen wir die Seite unseres Autonomen Büros und sind Co-Administrator der Seite «Recht auf Wohnen Basel». Und noch etwas: Die Medien lesen mit! Es gab schon Anrufe von Journalistinnen, die sagten: «Ich habe gerade bei Ihnen auf facebook gelesen, dass …»

Also falls wir noch nicht oder nur auf eher konventionelle oder analoge Weise miteinander befreundet sind:

https://www.facebook.com/schwarzer.peter.39

Liste 23

Wir können lange Wohnungen suchen!

Adriana
Ruzek
in den Grossen Rat

Säuberung des Bahnhofs!



Partei des Volkscharakters

www.pvc-basel.ch

MEHRALS MITREDEN!

Seit der Schwarze Peter existiert, unterstützt er nicht nur einzelne Personen. Zu unserer Arbeit gehörte schon immer auch das parteiliche Einstehen für die Interessen der Betroffenen. Wir GassenarbeiterInnen könnten unsere gesamte Arbeitszeit ausschliesslich in die Beratung stecken. Doch mit reiner Beratung können wir den Menschen nicht ausreichend helfen, da dies unter den herrschenden Bedingungen häufig nicht möglich ist. Wir können lange nach Wohnungen für unsere KlientInnen suchen – wenn keine bezahlbaren Wohnungen existieren, bringt das nichts. Deshalb sind wir keine «reinen Dienstleister» für einzelne Ratsuchende, sondern engagieren uns darüber anwaltschaftlich für die Betroffenen. Die Menschen, die zu uns kommen, geben uns einen detaillierten Einblick in Lücken und Missstände im sozialen System. Dieses Wissen wollen und müssen wir nutzen

So hat sich der Schwarze Peter in den vergangenen Jahrzehnten bei vielen gewichtigen Themen eingemischt. Zu Beginn der Vereinsarbeit, in den achtziger Jahren, richtete sich der Fokus auf das Einstehen für die Bedürfnisse der Drogenabhängigen. Durch öffentliche Aktionen und den Drogenstammtisch konnte längerfristig die Viersäulenpolitik und damit die Schadensminderung etabliert werden.

Heute konzentrieren wir uns bei der Interessensvertretung vor allem auf die Bedingungen des Sozialhilfebezugs, die Wohnungsknappheit und die Nutzung des öffentlichen Raums. Wir nehmen teil an der Kundenkonferenz, an der sich Sozialhilfebeziehende, respektive ihre Vertretungen, mit der Leitung der Sozialhilfe treffen, um ihre Anliegen direkt zu formulieren, sind Teilnehmer an runden Tischen und an Partizipationsverfahren der Stadt Basel zu relevanten Themen und im direkten Austausch mit Vereinen, Behörden, Institutionen oder EntscheidungsträgerInnen.

Die Vernetzung mit diversen Institutionen und Stellen ist die Voraussetzung dafür, dass wir als Ansprechpersonen wahrgenommen und zur Stellungnahme oder Interessensvertretung an Gesprächsrunden eingeladen werden. Vernetzung ist wichtig über die niederschwelligen Angebote und Berührungspunkte mit anderen Stellen hinaus, die sich durch die Arbeit mit den KlientInnen ergibt. So konnten wir mit dem Community Policing einen guten Kontakt etablieren, dank dem wir GassenarbeiterInnen diesen Frühling eine Schulung für angehende PolizistInnen durchführen konnten, in der wir sowohl unsere Arbeit, als auch eine andere Perspektive auf die Gasse vermitteln konnten. Die regelmässige Interessensvertretung bezüglich der Nutzung des öffentlichen Raums in verschiedenen Rahmen hat zum Ergebnis, dass das Präsidialdepartement, wenn wieder einmal ein Wahlkampf betreibender Politiker die Säuberung des Bahnhofs verlangt, uns beim Entwerfen einer Antwort des Regierungsrats nach

unserer Meinung fragt. Interessensvertretung ist aber auch, wenn wir uns bei der Stadtgärtnerei melden, weil die überdachte Parkbank im St. Johanns-Park verschwunden ist.

Die Vertretung der Interessen unserer KlientInnen verlangt aber teilweise mehr als Mitreden. Das Beispiel Wohnungsnot zeigt, dass das wiederholte Ansprechen der Missstände nicht immer genügt. Die Aufgabe der Gassenarbeit und einer kritischen Sozialen Arbeit im Allgemeinen ist es dann, im Dienste der KlientInnen öffentlich und wenn nötig politisch aktiv zu werden.

Gross- und Regierungsratswahlen 2016

Es reicht!

Über 60%

aller Touristen in Basel sind



JETZT SBB WÄHLEN

Liste 12



MEHR TREFPUNKTE

M ÖFFENTLICHEN RAUM!

Wir setzen uns für eine möglichst hohe Lebensqualität – in diesem Fall Aufenthaltsqualität – unserer Klientel, aber auch gegen die Ausgrenzung im öffentlichen Raum ein. Das Recht auf eine Nutzung des öffentlichen Raums für alle ist eines der andauernden Schwerpunktthemen des Schwarzen Peter. Bei der Interessensvertretung müssen wir gute Argumente ins Feld führen, um den Interessen unseres Klientels Gewicht zu verleihen, denn oft stehen uns einflussreiche Interessengruppen gegenüber. Es kann helfen, den verschiedenen Parteien ein anderes Bild von Leuten oder Gruppen im öffentlichen die gleichen Rechte haben – auch im öffentlichen Raum.

Eine Reihe vergangener Umgestaltungen – der Claramatte, des Bahnhofsplatzes, der Theodorsgrabenanlage, der Elisabethenanlage und zuletzt des Claraplatzes 2009 - zeigen beispielhaft, was die Umgestaltung zentraler Plätze für Menschen bedeuten kann, die den öffentlichen Raum regelmässig als Treffpunkt nutzen. Jede der genannten Umgestaltungen war von vorübergehenden, teils langfristigen Verdrängungen von Gruppen aus dem öffentlichen Raum gekennzeichnet. Schon die Baustelle bewirkt, dass der Ort vorübergehend nicht als Treffpunkt genutzt werden kann. Neben Umgestaltungen verdrängt die Zunahme kommerzieller Nutzungen mit Konsumationszwang schnell jene Leute mit einem kleinen Portemonnaie.

In der Zwischenzeit haben wir uns in verschiedenen Partizipationsverfahren in Planungsprozessen stellvertretend für gute Lösungen eingesetzt. Einzelne Erfahrungen haben uns aber leider gelehrt, dass Partizipation und Einigung während Planungsprozessen – wie bei der Umgestaltung des Theodorgrabens – nicht bedeutet, dass das Besprochene auch umgesetzt wird. Hier muss viel Zeit und Hartnäckigkeit bewiesen werden, damit die eingesetzte Energie möglichst zum Erfolg führt.

Aber wer wird verdrängt? Gruppen von Menschen, die sich regelmässig am gleichen Ort treffen. Menschen, deren Lebensmittelpunkt auf der Strasse ist, wo sie ihre Zeit gemeinsam verbringen; ein gut belebter Ort, an dem sie Abwechslung finden und der Isolation, in der sie sich befinden entfliehen können. Zudem werden soziale Kontakte gepflegt, vor allem dann, wenn sonst wenige oder gar keine mehr existieren.



Aber der öffentliche Raum ist nicht nur ein Treffpunkt. Das wäre zu kurz gefasst. Häufig wird Kontakt zu Menschen gesucht, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden. So fungiert ein gut sichtbarer Treffpunkt für Gruppen im öffentlichen Raum als eine Art niederschwellige Anlaufstelle. In einer Notlage finden Leute hier in der Regel schnell und unkompliziert Zugang, erfahren Interesse und Verständnis für die eigene Situation. Häufig kann jemand aus der Gruppe einen wertvollen Tipp geben oder gar ein Bett für die nächste Nacht anbieten. Natürlich ist die gegenseitige Hilfe innerhalb der Gruppe nicht Raum zu vermitteln. Das wichtigste Argument bleibt aber, dass alle professionell, was zur Folge hat, dass sie in einigen Fällen umso besser angenommen werden kann. Auch muss man illusionslos feststellen, dass die gruppeninternen Hilfeleistungen in den meisten Fällen nicht kostenlos sind – das Zusammenleben auf der Gasse besteht zu grossen Teilen aus kleineren oder grösseren Deals.

> Viele Menschen, die sich regelmässig an solchen Plätzen treffen, kennen wir seit Jahren - sie vermitteln neue Leute an uns. Das Vertrauen, welches für das Vermitteln von Unterstützungsangeboten gerade auf der Gasse und in der Gassenarbeit extrem wichtig ist, wird an diesen Orten einfach weitergegeben, vergleichbar mit der Weiterempfehlung meines Zahnarztes an einen Freund. Wir arbeiten also Hand in Hand mit regelmässigen BesucherInnen eines Platzes. Unser Angebot wäre bedeutend weniger zugänglich ohne diese Zusammenarbeit, welche durch die Existenz und Sichtbarkeit der Gruppierungen im öffentlichen Raum erst möglich wird.

> Es ist naheliegend, welche Konsequenzen die Verdrängung eines Gruppentreffpunkts aus dem öffentlichen Raum für die einzelnen Betroffenen hat – sie verlieren ihr tragendes soziales Netzwerk, in dem sie Akzeptanz und Zugehörigkeit erfahren. Auch wird damit jeweils ein soziales Auffangnetz zerstört.

> Mit der Beseitigung von Orten, die sich für das Zusammentreffen und Verweilen anbieten, hat sich die Situation der direkt betroffenen Menschen verschärft, aber auch die Situation im öffentlichen Raum allgemein. Verdrängung von einem Platz bedeutet, dass sich ein grosser Teil der Betroffenen einen neuen Treffpunkt sucht. Da es in den letzten Jahren - wie wir dies während unserer Präsenz im öffentlich zugänglichen Raum Basels beobachten – immer weniger derartige Möglichkeiten zum regelmässigen Verweilen im öffentlichen Raum gibt, konzentrieren sich die Menschen auf immer weniger Plätze. Die konzentrierte Ansammlung von grösseren Gruppen an einem Platz wird schnell als «Szene» wahrgenommen, die auf einzelne PassantInnen bedrohlich wirken kann. Sie bedeutet aber auch, dass sich die verschiedenen Gruppen schneller in die Quere kommen. Wo bisher eine friedliche Nutzung nebeneinander möglich war, werden die anderen plötzlich zur Konkurrenz. So wird es auch schneller mal laut und ungemütlich. Die Grösse der Ansammlungen und die Konkurrenz zwischen den verschiedenen «BesucherInnen» wiederum zieht mehr Aufmerksamkeit von Passantlnnen auf sich und kann Unbehagen oder Angst auslösen. Ein negativer Nebeneffekt



dabei ist, dass die Grenze zwischen den Leuten am Treffpunkt und der Restbevölkerung weiter zementiert wird, was eventuelle wertvolle Kontaktmöglichkeiten und einen Austausch zusätzlich behindert

Gefährlich an der Verdrängung von öffentlichen Plätzen ist, dass sie indirekt immer auch der Auslöser der nächsten Verdrängung ist. Wie beschrieben kann sich aufgrund der wenigen und teils stark genutzten Plätze die Situation an einem bestimmten Ort schnell zuspitzen. Die Zahl der genutzten Plätze verringert sich natürlich bei jeder weiteren Verdrängung. Dieser Effekt der Zuspitzung an einzelnen Orten ist in Basel bereits aufgrund kurzfristiger Verschiebungen spürbar. Wenn am Bahnhof die Kontrollen der Polizei oder der Securitrans intensiviert werden, versammeln sich spürbar mehr Leute am Claraplatz. Die Toleranz gegenüber Gruppierungen im öffentlichen Raum würde also voraussichtlich steigen, wenn mehr Raum zur Verfügung stände und dadurch die Möglichkeiten, sich aus dem Weg zu gehen, erweitert würden. Insgesamt würde die Gasse aber nicht mehr Leute anziehen. Alle, die die freie Wahl haben, werden sich für ein sichereres und konstanteres Umfeld entscheiden.

Zudem sinkt die Akzeptanz gegenüber den Gruppierungen im öffentlichen Raum, wenn es immer weniger Plätze gibt, an denen diese auch sichtbar sind. Entspricht der Anblick einer Ansammlung von mehrheitlich Alkohol trinkenden Leuten an einem öffentlichen Ort der Normalität, so werde ich dies irgendwann in mein Weltbild integrieren und werde nicht mehr jedes Mal von neuem schockiert sein. Dass es Menschen in einer derart prekären Lebenslage gibt, ist Teil der Realität einer Stadt, die man nicht zu verstecken versuchen sollte.

Auch eine mediale Berichterstattung, die leider immer wieder sehr undifferenziert und einseitig ausfallen kann, bleibt nicht ohne Folgen. Dies gilt auch dann, wenn geäusserten Forderungen nach der «Entfernung der Randständigen» und dergleichen nicht weiter nachgegangen wird. Denn einerseits kann sich die Polizei aufgrund der medialen Aufmerksamkeit verpflichtet fühlen, ihre Arbeit an einem Ort besonders pflichtbewusst zu machen. Ein Effekt davon kann sein,

dass infolgedessen regelmässig immer am gleichen Ort Personen-kontrollen durchgeführt werden. Dies kann bereits eine vorübergehende Verdrängung zur Folge haben. Andererseits kommt eine mediale Kampagne einem Angriff auf und einer latenten Drohung gegen die Betroffenen gleich. Das kann die Stimmung vor Ort schnell massiv verschlechtern, was wiederum genau jene Aufmerksamkeit auf die Gruppierungen zieht, die für das Fortbestehen des Treffpunkts gefährlich werden kann. Die negative Berichterstattung löst bei den Betroffenen häufig eine intensive Auseinandersetzung aus, werden sie ja oft mehr oder weniger direkt als störend dargestellt.

Die gesamte Gesellschaft hält sich mehr und mehr im öffentlichen Raum auf. Viele Plätze sind intensiver genutzt als dies noch vor zehn Jahren der Fall war. Wichtig ist aber auch, dass dem breiten Bedürfnis – das unzweifelhaft nicht nur bei unseren Klientlnnen besteht – nach nicht festgelegten Nutzungen ohne Konsumationszwang Rechnung getragen wird. Eine bedeutende Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum – und eine Entlastung stark frequentierter Plätze – könnte die Schaffung mehr überdachter Orte ohne Konsumationszwang bringen, die zum Verweilen einladen. Mehr «attraktive» Plätze also, die Ausweichmöglichkeiten bieten.

Es ist klar, dass wir nicht planen können, wo sich unsere Klientel zukünftig aufhalten soll. Erklärtes Ziel der Stadtentwicklung könnte aber sein, die gegenseitige Abgrenzung zwischen den Gruppierungen im öffentlichen Raum und der Restbevölkerung zu verringern, indem eine Annäherung der voneinander abgegrenzten Bevölkerungsteile gefördert wird. Der Platz muss dafür den Ansprüchen aller entsprechen. Kostenlose WCs und ein überdachter Teil ohne Konsumationszwang sind zwei der wichtigsten baulichen Faktoren für die Mitnutzung durch unsere Klientlnnen – und natürlich für eine gesteigerte Aufenthaltsqualität für alle.

Ein erfolgreiches Beispiel für die gegenseitige Annäherung verschiedener Gruppen, die einen öffentlichen Platz teilen, ist die Claramatte. Dort entstehen beispielsweise übers Ping Pong-Spielen immer wieder Berührungspunkte zwischen den Menschen.

SEITE 10



SCHWARZER PETER

DAS NEUE TEAM FÜR BASEL.





FORDERN STATT FÖRDERN!

Soziale Arbeit versteht sich als vermittelnde Arbeit zwischen hilfesuchenden Menschen und der Gesellschaft. Gelingt die Vermittlung zwischen dem Einzelnen und den verschiedenen Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe, ist von einer erfolgreichen Integration die Rede. Wie diese Integration erreicht werden soll, darüber wird seit langem diskutiert. Aktuell beherrscht die Formel «fördern und fordern» die Szenerie der Sozialen Arbeit. Die Integrationsleistung wird damit einseitig als Pflicht der Betroffenen verstanden, die sich um ihren Platz in der Gesellschaft bemühen sollen. Dabei liegt der staatlich alimentierte Fokus vor allem auf der Erwerbsarbeit.



Die wissenschaftliche Debatte geht von differenzierteren Vorstellungen aus. Hier dominiert in den letzten Jahren der «Capability Approach» (auf Deutsch der «Ansatz der Verwirklichungschancen») die Debatte. Der Ansatz wurde entwickelt von: Amartya Sen und Martha Nussbaum

Ausgangspunkt dieses Entwicklungsmodells ist zunächst das Recht eines jeden auf ein gelingendes Leben. Alle Menschen sollen gleichermassen die Chance haben, im Rahmen ihrer Fähigkeiten, Kompetenzen und Erfahrungen, ihre Vorstellungen von einem guten Leben zu verwirklichen. Der Sozialen Arbeit kommt eine katalysatorische Funktion zu. Sie soll jene hilfesuchenden Menschen unterstützen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht selbst in der Lage sind, ihre Möglichkeiten zu erkennen und zu entfalten. Beratung, Betreuung und Begleitung sind hier gefragt. Leider ist immer öfter zu beobachten, dass gerade für diese Arbeit zunehmend weniger personelle und finanzielle Ressourcen bei den staatlichen oder vom Staat beauftragten Einrichtungen zur Verfügung stehen. Diese Beziehungsarbeit wird darum mehr und mehr von Freiwilligen und Hilfswerken wahrgenommen. Wo der Staat noch selbst präsent ist, haben sich Anreiz- und Sanktionssysteme etabliert, die mit «Zuckerbrot und Peitsche» versuchen, den Betroffenen Integrationsleistungen abzuringen.

Dabei werden zwei zentrale Punkte übersehen. Zum einen die Vielfalt der Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe, zum anderen das Moment, dass alle Bemühungen der Betroffenen vergebens sind, wenn die Gesellschaft entlang dieser verschiedenen Dimensionen nicht bereit ist, die Möglichkeiten zu schaffen, die es braucht, damit Verwirklichungschancen wahrgenommen werden können. Diese Argumentation kann mit zahlreichen Beispielen illustriert werden. Was sollen etwa langzeitarbeitslose Personen tun, wenn der Arbeitsmarkt für ihre beruflichen Kompetenzen und Fähigkeiten keine Stellen bereithält? Was können armutsbetroffene und kranke Menschen noch machen, wenn der Arzt Vorkasse verlangt, das Geld dafür aber nicht vorhanden ist? Was müssen Wohnungssuchende unternehmen, wenn ihr Name dazu führt, dass kein Hausbesitzer ihnen eine Unterkunft zur Verfügung stellen will? Schon diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass sich gesellschaftliche Teilhabe längst nicht nur auf den Arbeitsmarkt beschränkt, sondern viele weitere Dimensionen wie Gesundheit, Wohnen oder Bildung umfasst. Noch wichtiger ist die Einsicht, dass Integrationsleistungen nicht einseitig von den Betroffenen gefordert werden können, ohne darüber

nachzudenken, was die Gesellschaft zu tun hat, damit Integration gelingen kann. Wer darauf beharrt, dass es allein an den hilfesuchenden Menschen liegt, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern, der fordert nicht Integration, sondern Assimilation und wird am Ende feststellen müssen, dass diese Haltung die materielle Abhängigkeit von staatlichen Institutionen nur verlängert und zementiert.

Die Gesellschaft muss sich also auch bewegen, wenn Integration gelingen soll. Es braucht Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Erwerbstätige, bezahlbaren Wohnraum für alle und ein offenes Gesundheits- und Bildungswesen. Bewegung kommt aber nicht von alleine in die Gesellschaft. Hier ist politische Arbeit notwendig, wenn sich entlang der verschiedenen Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe etwas verändern soll. Idealerweise kämpfen die Betroffenen selbst um diese Teilhabe. Sie wissen am besten, was zu tun wäre und was anders werden muss, damit alle einen Platz in der Gesellschaft finden können. Immer wieder sind Ansätze der Selbstorganisation zu beobachten, insbesondere, wenn es um Fragen der Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit im Alter geht. Doch es zeigt sich auch, dass diese Strukturen oftmals zu schwach sind, um dem politischen Engagement Gewicht und Dauerhaftigkeit zu verleihen. Darum braucht es auch hier die Soziale Arbeit,







Mit mehr Rückgrat politisieren!

Julia Schuler in den Grossen Rat

die sich für die hilfesuchenden Menschen anwaltschaftlich engagiert. Soziale Arbeit ist darum auch politische Arbeit!

Diese politische Arbeit der Sozialarbeitenden kann sich in verschiedenen Formen zeigen, zum Beispiel mit einem Einsitz in Expertenkommissionen, der Mitarbeit bei politischen Organisationen oder im Engagement für spezifische Anliegen im Rahmen von Initiativen und Referenden. Wichtig ist die Einsicht, dass die Forderung nach einem politischen Engagement sich nicht nur an den einzelnen Sozialarbeitenden richtet, sondern auch an die Organisationen als Akteure der Sozialen Arbeit. So gesehen hat jede soziale Einrichtung, jedes Hilfswerk, jede karitative Stiftung ein doppeltes Mandat: Menschen zu helfen und sich gesellschaftspolitisch dafür zu engagieren, dass weniger Menschen Hilfe brauchen.

Hier ist allerdings in vielen Fällen eine auf den ersten Blick schwer erklärbare Zurückhaltung von Hilfeeinrichtungen zu beobachten. Sie verweisen gerne auf Statuten, die ihnen eine parteipolitische Neutralität auferlegen und begründen ihre passive Haltung mit dem Fokus ihrer knappen Ressourcen auf die konkrete Arbeit für die hilfesuchenden Menschen, als ob politische Arbeit nicht auch konkrete Arbeit wäre. Der wahre Grund für die Zurückhaltung findet sich oft an einem anderen Ort. Sehr viele dieser Organisationen und Einrichtungen sind in hohem Masse von der finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand abhängig. Deshalb befürchten sie, dass offensives Auftreten in der politischen Arena zu Kürzungen staatlicher Mittel führen könnte. Kritik am Staat, so die Angst, verträgt sich nicht mit bezahlter Arbeit für eben diesen Staat. Wir haben es in

diesem Feld der Sozialen Arbeit oftmals mit sogenannten Quangos (quasi-autonomous non-governmental organisations) zu tun, die ihre Autonomie und Selbständigkeit faktisch verloren haben und am Tropf des Staates hängen. Diese Organisationen sind über Leistungsaufträge so stark eingebunden, dass sie es nicht wagen, ihr zweites, gesellschaftspolitisches Mandat auszuüben und werden darum ihrem Auftrag nicht wirklich gerecht.

Deshalb ist die Emanzipation der organisierten Sozialen Arbeit von der staatlichen Abhängigkeit Voraussetzung für die politische Arbeit. Man wünscht sozialen Organisationen mehr politischen Mut, denn es brauchtentlang derverschiedenen Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe Angebote für hilfesuchende Menschen, damit Integration, Selbstbestimmung und Autonomie für alle gelingen kann. Diese Angebote fallen nicht vom Himmel, sie müssen politisch errungen werden. Die Soziale Arbeit hat auch hier ihren Beitrag zu leisten

Carlo Knöpfel, Dr. rer.pol., studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Basel. Während 19 Jahren arbeitete er bei Caritas Schweiz. Zunächst leitete er den Bereich Grundlagen und war als Mitglied der Geschäftsleitung für die sozialpolitische Positionierung von Caritas Schweiz verantwortlich. Später übernahm er die Leitung der Inlandarbeit. Seit dem Juni 2012 nimmt er eine Professur für Sozialpolitik und Sozialarbeit am Institut für Sozialplanung, organisationalem Wandel und Stadtentwicklung an der Hochschule für Soziale Arbeit in Basel wahr. Seine Schwerpunkte sind der gesellschaftliche Wandel und die soziale Sicherheit, Fragen zu Armut, Arbeitslosigkeit und Alter sowie der Beitrag der Zivilgesellschaft zur beruflichen und sozialen Integration.

Basel machts wirklich ganz ok!



STEUERN SIND DAS HAUPTPROBLEM, SONDERN DIE KRANKENKASSENPRÄMIEN!»



PETER: Welches sind wichtige Meilensteine in der Basler Sozialpolitik seit Ihrem Amtsantritt?

CHRISTOPH BRUTSCHIN: Das sind besonders zwei Bereiche. Erstens konnten wir die Familienmietzinsbeiträge per 2013 deutlich erhöhen. Hier wurde früher etwa eine halbe Million pro Jahr ausgegeben. Heute sind wir bei fast zehn Millionen. Davon profitieren 2'000 Familien und damit können wir oft verhindern, dass diese zur Sozialhilfe müssen.

Das zweite sind die Prämienverbilligungen für die Krankenkasse. Basel-Stadt hat die Prämienbeiträge in den vergangenen Jahren immer im selben Mass angehoben, wie die Prämien gestiegen sind. Das tönt vielleicht nicht spektakulär, ist aber für die einzelnen Menschen spürbar und ein starkes Engagement des Kantons.

Ein weiterer Erfolg ist aber auch das Behindertenhilfegesetz, welches in beiden Basel gerade im Wohnbereich mehr Mitsprachemöglichkeiten für die Betroffenen bringen soll.

Was sind aus Sicht des Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt aktuelle Themen in der Basler Sozialpolitik?

Ein wichtiges aktuelles Thema ist das Wohnen. Das schlägt sich ja auch darin nieder, dass immer mehr Leute das Angebot einer Meldeadresse beim Schwarzen Peter nutzen. Wir haben bereits ein paar Notwohnungen mehr, neuerdings als Pilotversuch auch für Einzelpersonen (Anm. d. Red.: Bisher waren die staatlichen Notwohnungen ausschlieslich für Familien mit Kindern reserviert). Auch sind die neuen Wohncontainer beim Dreispitz nicht ausschliesslich für AsylbewerberInnen gedacht, allerdings ist im Asylbereich der kurzfristige Bedarf schwer abzuschätzen. Und auch wenn nicht alle so glücklich sind mit dem neuen Wohnraumförderungsgesetz, so gibt es uns doch Möglichkeiten, mehr im Bereich Wohnen zu machen, gerade für Leute, die es schwer haben.

Ein weiteres Thema sind die Krankenkassenprämien. Diese werden auch 2017 wieder steigen. Ich kenne viele Menschen, die sagen, dass nicht die Steuern das Hauptproblem sind, sondern die Krankenkassenprämien. Und es gibt eine Gruppe, die knapp nicht berechtigt ist, Prämienbeiträge zu bekommen, und für die wird es schwierig.

Ein weiteres Problem ist die Ablösung von der Sozialhilfe: Die Sozialhilfefälle steigen kontinuierlich, aber nicht in erster Linie wegen mehr Neuanmeldungen, sondern weil die Menschen im Durchschnitt länger von der Sozialhilfe abhängig bleiben. Suchtmittel, Krankheit, psychische Probleme erschweren eine Ablösung, und Menschen über 50 Jahre schaffen zunehmend den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt nicht mehr. Wer mir hier eine Lösung liefert, hat etwas zugute.

Der Schwarze Peter sieht es als eine wichtige Aufgabe, neben seiner Kernarbeit auch Öffentlichkeitsarbeit zu sozialen Themen wie Wohnungsnot, Aufenthalt im öffentlichen Raum oder zunehmende Armut zu machen, um als Interessenvertretung und Sprachrohr der Menschen zu wirken, die mit ihren Anliegen wenig zu Wort kommen.

Wo und wie nehmen Sie diesen Teil unsere Arbeit wahr?

Ich nehme eure Öffentlichkeitsarbeit durchaus wahr – mehr als früher – und finde auch gut, dass ihr euch äussert. Natürlich bin ich jeweils froh, wenn in einem Thema eure Einschätzung und meine übereinstimmen. Ich erlebe die Beiträge auch als konstruktiv, es geht euch ums Thema und nicht darum, wer schuld ist. Schwierig ist es höchstens, wenn es heisst, «der Kanton sollte …!». Am besten ist es, wenn man sagt: «Wir haben da ein Problem und wir versuchen es jetzt gemeinsam zu lösen».

Es ist uns klar, dass «der Kanton» immer nur ein verlängerter Arm von uns allen ist und kein abstraktes Gebilde, das man verteufeln muss.

Genau. Ich erlebe den Grundtenor eurer Öffentlichkeitsarbeit als gut. Es ist ein Teil eures Jobs, euch zu Themen, die euch respektive eure Klientlnnen betreffen, zu äussern. Es ist natürlich klar, dass wenn die Medienarbeit plötzlich wichtiger wird als die Kernaufgaben, etwas nicht stimmen würde. Aber da habe ich beim Schwarzen Peter keine Bedenken. Ihr fokussiert auf Themen, die in direktem Zusammenhang mit eurer Arbeit stehen. Wenn der Schwarze Peter sich zum Beispiel zur Wohnungsnot äussert, dann wird das zur Kenntnis genommen und gehört, weil ihr hier als kompetent wahrgenommen werdet.

Das Netzwerk Wohnungsnot hat im November 2014 eine Petition zum Thema eingereicht und sammelt aktuell Unterschriften für eine Volksinitiative zum Grundrecht auf Wohnen. Dürfen oder sollen subventionierte Organisationen so weit gehen?

Das ist ein Thema, an dem ihr näher dran seid als ich. Wenn ihr die Wohnungsnot als so gross einschätzt, kann man durchaus eine Initiative dazu lancieren. Und man darf nicht vergessen: Eine Initiative bietet immer auch die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Ich darf da natürlich nicht vorgreifen, aber es könnte durchaus sein, dass man sagt, das gibt uns die Kompetenz, zum Beispiel im Bereich Notwohnungen noch mehr zu machen. Das Anliegen ist sehr legitim.

Folgen Sie uns auch auf facebook? Wie aktiv sind Sie selber? Einträge sind auf Ihrer Seite wenige zu finden.

Für mich ist facebook ein wunderbares Geburtstagserinnerungsprogramm. Ansonsten schau ich mal rein, wenn ich aufs Tram warte. Es hiess mal vor ein paar Jahren, man müsse das haben, aber für mich ist facebook nicht so zentral.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Christoph Brutschin ist seit 2009 Regierungsrat und Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) Basel-Stadt



«REICHTUM BESSER VERTEILEN!»



PETER: Planet 13 wird vor allem als kostenloses Internetcafé wahrgenommen. Was bietet ihr alles an?

AVJI SIRMOGLU: Der Kern ist tatsächlich der Zugang zum Internet mit gutem Datenschutz und ebensolchen Suchmaschinen sowie viele Hinweise für kostenlose legale Software zum Downloaden. Es gibt auch Scanner und Drucker.

Die meisten Gäste schreiben Stellenbewerbungen. Viele bekommen höchstens prekäre Jobs, entweder weil sie keine Ausbildung haben, oder weil ihre Ausbildungen in der Schweiz nicht anerkannt werden. Andere haben ihre Arbeit verloren und mittlerweile keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt. Vielen helfen wir auch bei der Wohnungssuche, vermitteln juristische Beratung für SozialhilfebezügerInnen, Obdachlose, Allleinerziehende oder Asylsuchende. Was wir gerne noch mehr anbieten würden, ist eine Begleitung auf Ämter, denn es beruhigt sehr, wenn man nicht auf sich alleine gestellt ist.

Auch gibt es bei uns kostenlose Computerkurse vom Basiswissen bis zur Stufe Fortgeschrittene, ebenso stehen Deutschkurse auf unserem Programm, da viele sich keine Kurse leisten können. Daneben bieten wir ein Kulturprogramm an, bei dem es mir wichtig ist, gute und sachlich belegbare Informationen anzubieten, damit sich Menschen ein eigenes Bild machen können und sich nicht nur aufs Hörensagen verlassen. Dabei schauen wir auch, wer den Film gemacht hat, den wir zeigen, wer bei uns einen Vortrag hält, wem wir vertrauen.

Jeden Montag gibt es die «uni von unten» mit Vorträgen, Lesungen und Diskussionen. Hier werden sowohl anerkannte Fachleute eingeladen, als auch Autodidakten, die sich in ein Thema eingearbeitet haben und ihr Wissen vermitteln möchten. Wichtig ist uns, dass die Inhalte gewaltfrei und antirassistisch sind und Religion sehen wir als Privatsache an, die nicht ins Planet 13 gehört. Und nicht zuletzt gibt es bei uns auch eine Reparaturwerkstatt für PCs und Laptops.

Ein sehr reichhaltiges Angebot habt ihr da. Wer bezahlt euch dafür?

Einen offiziellen Lohn bekommen wir nicht für unsere Arbeit. Wenn wir die Arbeit, die wir alle in den letzten zehn Jahren geleistet haben, zu berufsüblichen Lohnansätzen berechnen würden, kämen wir von der Projektleitung, über die IT-Dienstleistungen bis zur handwerklichen Arbeit auf eine astronomisch hohe Summe. Wir haben Mitarbeitende, die im ersten Arbeitsmarkt eine Teilzeitstelle haben und sich damit über Wasser und von der Sozialhilfe fernhalten können. Oder SozialhilfebezügerInnen, die für ihren Einsatz hier eine Integrationszulage (IZU) bekommen. Auch IV-RentnerInnen helfen mit oder Pensionierte an der Schwelle der Altersarmut sowie StudentInnen, die mit uns verbunden sind und zum Beispiel den Leuten helfen, Briefe oder Bewerbungen zu schreiben.

Neben Planet 13 gibt es auch die Liste 13 - was ist das?

Als wir vor 13 Jahren das Planet 13 initiiert haben, gründeten wir auch die Liste 13, weil damals zum ersten Mal Sozialhilfegelder gekürzt wurden. Das war eine Protestaktion. Es gab hunderte von Beschwerdebriefen an die Sozialhilfe. Wir wollten auch sonst politisch aktiv sein, eventuell im Grossen Rat vertreten werden. Armutsbetroffene haben keine Lobby und viele Menschen glauben immer noch nicht, dass es in der Schweiz Armut gibt.

Im Jahr 2012 waren drei unserer Mitarbeiter auf der Liste «Grünes Bündnis». Dieses Jahr sind wir nicht an den Wahlen beteiligt, aber in vier Jahren möchten wir alle einladen, mit uns gemeinsam zu kandidieren. Es soll eine frische, unabhängige Plattform werden. Aktuell halten wir einmal im Monat die «Armutssitzung von unten» ab und nehmen an verschiedenen Gremien wie dem nationalen Armutsprogramm (gegenarmut.ch) und Diskussionsforen zum Thema Armutsbetroffenheit teil. In diesen Gremien gibt es viele Menschen, die sehr engagiert und kompetent sind und sich für benachteiligte Menschen einsetzen.

Ihr seid sehr präsent, engagiert und gebt der Armut eine Stimme. Wie seid ihr sonst noch politisch aktiv?

Grundsätzlich sind wir sehr gut vernetzt, haben gute Kontakte, können gute Gespräche führen, bekommen ehrliche Informationen. Dadurch können wir an Podien und Kongressen teilnehmen. Wir schreiben aufklärend in Zeitungen, laden politisch Aktive hierher ein. Was ich in der Schweiz vermisse, ist die Kombination von politischen Aussagen mit guter Kunst. «Flashmobs» reichen mir nicht. Wenn es trivial wird oder nur um Selbstverwirklichung geht, interessiert mich das nicht.

Planet 13 und der Schwarze Peter haben ja auch gemeinsame politische Aktivitäten.

Wir haben gemeinsam die Petition gegen das Modell «Passage» (Anm. d. Red.: Ein Modell, bei dem Menschen einen Monat lang gewissermassen «Zwangsarbeit» verrichten müssen, bevor sie sich überhaupt auf der Sozialhilfe anmelden dürfen. Das Projekt wurde Ende 2015 beendet) eingereicht. Ein Erfolg, den wir immer noch nicht gefeiert haben. Im Jahr 2014 haben wir gemeinsam die Petition für Massnahmen gegen die Wohnungsnot auf die Beine gestellt und jetzt sammeln wir fleissig Unterschriften für die Initiative für das Grundrecht auf Wohnen

Wie erlebst du das politische Engagement sozialer Organisationen in Rasel?

Das ist ein zweischneidiges Schwert, denn die meisten Menschen, die diese Institutionen führen, sind auf Geldervom Staat angewiesen. Wenn sie dem Staat Paroli bieten, greifen sie damit auch ihren Geldgeber an. Deshalb drücken sich sehr viele vor dem politischen Engagement. Dabei müssten in der reichen Schweiz alle genügend Geld und Teilhabe an der Gesellschaft haben. Wie zum Beispiel durch das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das ist ein guter Ansatz.

Empfindest du es auch manchmal als Ausrede, wenn man sich hinter der dem Geldgeber geschuldeten Loyalität versteckt?

Ich glaube, viele Menschen trauen sich das einfach nicht, haben selbst Existenzängste, aber wenn sie für etwas mutig eintreten wollen, dann erleben sie eine neue Qualität ihres Handelns. Das ist wertvoll und es kann Mut machen.

Vielleicht ist die breite Zusammenarbeit beim Thema Wohnen ein Teilerfolg auf dem Weg zu einer besseren Zusammenarbeit von sozialen Institutionen in Basel. Aber es muss noch weiter gehen. Es gibt zum Beispiel die «Koordination Existenzsicherung», in der die meisten staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen im Armutsbereich Einsitz haben. Wenn wir uns da gemeinsam für die Belange der Betroffenen einsetzen würden, zum Beispiel dass der Grundbedarf in der Sozialhilfe erhöht werden muss, hätten wir eine grosse Kraft. Wir dienen entweder dem Geld oder der Menschlichkeit.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

«SELBSTBESTIMMUNG

IST OBERSTES GESETZ!>>>



PETER: Surprise ist ein Unternehmen mit sozialem Zweck UND macht Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliche Aufklärung über Armut und soziale Ausgrenzung. Es interessiert mich, was ihr als eure Aufgabe seht: «nur» zu berichten über soziale Themen, Missstände anzuprangern, oder möchtet ihr direkt Änderungen bewirken?

PAOLA GALLO: Wir möchten aufzeigen, was in dieser Gesellschaft passiert, sobald man nicht im Muster «Ich arbeite, also bin ich» funktioniert. So haben bereits vor 20 Jahren Menschen, die plötzlich aus dem Arbeitsprozess gekippt und aus irgendwelchen Gründen beim Arbeitsamt Schlange gestanden sind gesagt: «Irgendetwas stimmt da nicht. Wir sind immer noch die gleichen Leute, sind immer noch intelligent, immer noch gesund und werden jetzt aufs Abstellaleis geschoben und sind zum Stempeln verurteilt. Das ist entwertend, demütigend, das macht etwas mit dir und plötzlich wird man an den Rand gedrängt. Die Leute wollten zeigen, was das bedeutet und mit ihnen macht. So hat eine Handvoll Menschen angefangen zu schreiben, zu drucken und ihr Produkt selbst zu verkaufen. Das ist bereits ein politisches Statement, hinzustehen und sagen: «Da stimmt etwas nicht mit dem System der Arbeitslosenversicherung, die ja eigentlich eine Absicherung sein soll. Wenn ich arbeite, zahle ich jeden Monat in die Arbeitslosenkasse ein und wenn ich dann keine Stelle habe, werde ich dafür verurteilt, dass ich meinen Anspruch geltend mache.»

Heute, 20 Jahre später, haben wir ein professionelles Magazin, das nach wie vor gesellschaftliche Spannungspunkte aufzeigt. Jeder und jede, der oder die das Heft auf der Strasse verkauft, ist ein sichtbares politisches Statement dafür, dass in dieser Gesellschaft etwas nicht funktioniert

Wir haben das dann weitergeführt mit den sozialen Stadtführungen, an denen den Leuten gezeigt wird, was Armut und Ausgrenzung in der reichen Schweiz bedeutet. Auch das ist hochpolitisch, gerade in einer Zeit, wo wir von links und rechts in den Zeitungen lesen, was Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen für Schmarotzer sind. Wir zeigen, was passiert mit dieser einen Million Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben. Diese Menschen muss man sichtbar machen und aufhören, sie zu stigmatisieren. Das heisst wir sind täglich mit unserer Arbeit am Aufklären, am Informieren, am Abgeben von politischen Statements.

Letzlich geht es immer um das gleiche Thema nämlich dass alle, egal ob MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose oder Working Poor gleichberechtigt an dieser Gesellschaft teilnehmen dürfen und nicht ausgegrenzt werden.

Zu Beginn waren es die Betroffenen selber, die das Heft geschrieben haben, es hiess noch «Stempelkissen».

Genau, dann sind wir grösser geworden, haben gemerkt, wir müssen das anders organisieren und haben zuerst eine GmbH gegründet, dann ein Jahr später einen Verein, um Spenden zu generieren. Ein paar Jahre später kamen Strassenfussball und Strassenchor dazu.

Wir wollten Jobs anbieten. Jede Strassenverkäuferin hat eine Arbeit und bekommt einen Lohn, wir bezahlen Sozialleistungen. Das reicht aber nicht. Es braucht auch ein soziales Netz. Das bieten wir mit dem Fussball oder dem Chor, aber auch mit dem Vertrieb. Man kann auf der Geschäftsstelle einen Kaffee trinken und wir feiern auch gemeinsam Feste. Das bietet ein Stück weit den sozialen Halt einer «Familie». Dazu bieten wir auch eine professionelle Sozialberatung und -begleitung an. Da kann es um den Gang zum Zahnarzt gehen, den Kauf einer neuen Brille, Termine bei der Schuldenberatung oder die Triage zur Suchtberatung. Wir sind erste Anlaufund vor allem Vertrauensstelle für unsere Leute. Aber Freiwilligkeit und Selbstbestimmung sind auch hier nach wie vor oberstes

Ihr habt dann zu einem bestimmten Zeitpunkt entschieden, Heftproduktion und -verkauf zu trennen und professionellen Journalismus zu betreiben. Weshalb?

Es gibt weltweit etwa 130 Strassenmagazine. Und es gibt nach wie vor Strassenmagazine, die komplett oder teilweise von den Verkaufenden selber geschrieben werden. Wir meinen aber, es soll ein «richtiger» Job sein, also soll man auch ein «richtiges» Magazin verkaufen. Wir haben bei der diesjährigen LeserInnenbefragung von über 70 Prozent erfahren, dass sie Surprise kaufen, weil sie es gerne lesen und Surprise Artikel hat, die man sonst so nirgends liest, Einsichten in Welten vermittelt, die man sonst nicht kennt. Wir wollen das Magazin in der Medienlandschaft positionieren, und dass es heisst: «Hey, hast du das neuste Surprise schon gelesen?»

Aber auch bei uns kommen die Verkaufenden regelmässig selber zu Wort. Sie sind stolz auf ihr Heft und ihre Arbeit, sie werden gebraucht, stehen am Morgen auf. Sie sind eine grosse Hilfe für andere Menschen, am Bahnhof werden sie zum Beispiel regelmässig nach dem Weg gefragt. Ich habe mittlerweile gelernt, dass wenn ich irgendwo auf der Welt in einer Stadt verloren gehe, ich einen Strassenverkäufer suche, denn da bin ich gut aufgehoben. Auch die Solidarität untereinander wächst, das Bewusstsein, dass sie viele sind. Alleine in der Schweiz gibt es etwa 400 Verkaufende, weltweit viele tausend. Es ist ein grosses Netz und auch eine grosse Macht, die man sichtbar machen muss

Bei den Stadtrundgängen ist keinE JournalistIn dabei, dort berichten Betroffene aus eigenen Erfahrungen. Wie sind hier die Rückmeldungen der Teilnehmenden?

Bei den Stadtrundgängen stehen tatsächlich die Stadtführer im Zentrum mit ihren Erfahrungen und ihrem Expertenwissen über Armut. Sie haben auch Weiterbildungen oder besuchen ähnliche Projekte in anderen Städten. Die Vorbereitung ist sehr sorgfältig. Eine Theaterpädagogin und die Projektleiterin unterstützten die StadtführerInnen bei ihrer Biographiearbeit, eine Schauspielerin bei ihrer Auftrittskompetenz. Wenn ein Mensch aus der Sprachlosigkeit, zum Beispiel als Obdachloser, wieder eine Sprache entwickeln muss, braucht es Reflexion, ein Wegkommen von der Opferrolle. Das braucht Zeit, die Entwicklung bis zum Stadtführer dauert etwa ein Jahr.

Das Ziel ist, dass die TeilnehmerInnen nicht einfach Voyeure sind, sondern emotional involviert werden. Die Leute sollen sich bewusst

→



SCHWARZER PETER

werden, was Armut bedeutet und dass sie ein Teil dieser gesellschaftlichen Vorgänge sind. Studierende der FHNW haben in einer Wirkungsanalyse nachgewiesen, dass über 300 TeilnehmerInnen tief beeindruckt waren. Wir haben seit dem Start der Touren viele positive Rückmeldungen erhalten, sogar von Menschen, die im Sozialbereich tätig sind, die sagen, die Führung hätte ihnen die Augen geöffnet und neues Wissen vermittelt. Die Leute sind durchs Band dankbar für das Erlebte. Es ist eine unglaubliche Erfolgsge-

Ich war als Vertreter des Schwarzen Peter Teil eines Stadtrundgangs für Grossrätinnen und hab auch viel Verständnis erlebt zum Beispiel beim Thema Aufenthalt beim Bahnhof SBB. Trotzdem engagieren sich dann zum Teil die gleichen Politiker dafür, dass die sogenannt Randständigen vom Bahnhof vertrieben werden sollen.

Da fehlt dann die Nachhaltigkeit. Mit diesen Menschen müsste man noch intensiver reden, da reicht ein einziges Mal nicht aus. Aber die meisten TeilnehmerInnen haben zumindest das Thema von einer anderen Seite kennengelernt und glauben vielleicht nicht mehr alles, was sie sonst so hören oder lesen und lassen sich nicht mehr so leicht manipulieren.

Wo sind eure Grenzen bezüglich des politischen Engagements? Bei der Petition zu Massnahmen gegen die Wohnungsnot oder der Initiative «Recht auf Wohnen» ist der Verein Surprise nicht aktiv dabei.

Das Magazin ist ja politisch mittlerweile sehr pointiert. Dass der Verein selber in die politische Arbeit einsteigt, braucht noch etwas Zeit. Aber ich denke, wir müssen auch als Organisation politisch aktiver werden. Wir müssten dringend enger mit dem Schwarzen Peter

zusammenarbeiten in den Themen Ausgrenzung, Armut, Schulden, Wohnungsnot, Zugang zu sanitären Einrichtungen oder zur Gesundheitsversorgung. Wenn Surprise sich bewusst wird, welche Kraft wir schweizweit haben, dann könnte das heissen, wir machen eine nationale Initiative zum Recht auf Wohnen gemeinsam mit GassenarbeiterInnen und anderen Institutionen aus dem ganzen Land. Dann wären wir stark genug und bräuchten auch keine Parteien an

Du bist auch im Vorstand des International Network of Streetpapers (INSP), der weltweiten Dachorganisation der Strassenmagazine. Ist dort die gesammelte politische Kraft, die man hat, auch ein Thema?

Das Potentialist sicher da. Wir sind vielleicht noch nicht so weit, eine weltweite Kampagne zu machen. Immerhin gibt es jedes Jahr eine «vendor week», während der die 11'000 Verkaufenden in 35 Ländern im Zentrum verschiedener Aktivitäten stehen. Wenn da alle mitmachen würden, könnten wir sechs Millionen Leser erreichen. Wir sind daran, das Bewusstsein aufzubauen, dass wir zusammen stärker sind, dass wir uns auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren müssen und nicht auf die Andersartigkeit.

Wann organisiert Surprise den homeless world cup (die jährliche Weltmeisterschaft im Strassenfussball)?

Wir organisieren 2018 den INSP-Kongress und feiern im selben Jahr unser 20-jähriges Bestehen. Aber zwei, drei Jahre später könnte das durchaus ein Thema sein. Es wäre aber ein riesiger organisatorischer Aufwand, da bräuchten wir Unterstützung von anderen Playern.

Herzlichen Dank für das Gespräch! Paola Gallo ist seit Januar 2011 Geschäftsleiterin von Surprise



«MEHR ALS KNIETIEF IN DER SCHEISSE»



PETER: Was hat sich in den zehn Jahren, in denen du bei uns arbeitest, am meisten verändert in der Gesellschaft und im Schwarzen Peter?

YVONNE BÜRGIN: Veränderungen in der Gassenarbeit haben immer etwas mit den Veränderungen der Klientel zu tun. Sie sind der Massstab, was sich gesellschaftlich und politisch verändert. Heute sollten wir als denkende, wissende und fühlende Menschen eigentlich eine solide Grundlage haben, die es uns allen ermöglicht, einen ordentlichen Lebensstandard zu er-

halten. Doch meine Ernüchterung darüber, was sich in den letzten zehn Jahren verändert hat, ist gross.

An was machst du das fest?

Der Abbau unserer sozialen Sicherheit, der in den letzten zehn Jahren betrieben wurde, ist enorm, sei es bei der Revision der Invalidenversicherung (IV) und der Arbeitslosenversicherung (ALV) oder bei den jährlich neuen SKOS-Richtlinien, die meistens mit Leistungskürzungen einhergehen. Nun geht es der AHV an den Kragen und eventuell müssen wir bis 70 arbeiten. Gleichzeitig ist es jetzt schon so, dass man ab 50 kaum noch eine Stelle findet – das ist ein schwer erträglicher Widerspruch.

Politisch und wirtschaftlich weht ein rauer Wind und die Umverteilung des Wohlstands funktioniert immer weniger. Im Gegenteil: Die Schere klafft immer weit auseinander.

Die Gentrifizierung der Stadt Basel und der fehlende bezahlbare Wohnraum sind unsere täglichen Themen. Die Zahl der Wohnungslosen steigt von Jahr zu Jahr, ohne dass eine Lösung in Sicht ist. Auch die Folgen der Ausschaffungsinitiative sind spürbar. Die Angst sitzt denen im Nacken, die hier geboren wurden, sich nie haben einbürgern lassen, durch Lebensumstände in ein Suchtproblem gerutscht oder auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Es braucht wenig, um ausgeschafft zu werden – seit dem 1. Oktober dieses Jahres reicht eine Bagatelle.

Was hast du früher für Themen in der offenen Sprechstunde gehabt?

Wir haben unserer Klientel dabei geholfen, ein Zimmer zu finden oder vermittelnd den abgebrochenen Kontakt zum bestehenden Helfernetz wiederhergestellt. Oft haben wir auch Gesuche für Ausbildungszulagen oder Schuldenerlasse geschrieben. Wir haben die Leute darin bestärkt und unterstützt, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, zum Beispiel bei Fragen wie: Wie gehe ich die Wohnungssuche an, wie bewerbe ich mich für eine Stelle, wie gehe ich mit meinen Schulden um, wie komme ich mit meinem ganzen Papierkram klar und noch vieles mehr. Hilfe zur Selbsthilfe war und ist heute noch unser Motto.

Weiter haben wir eine Zwischennutzung für ein besetztes Haus erwirkt (Voltastrasse 85) und Jungunternehmer, zum Beispiel beim Wagenmeister auf dem NT Areal (bekannt unter dem Namen Gleis 13) oder beim Creopolis im Gundelinger Feld gecoacht.

Im Bereich Nightlife und Partydrogen gab es im Raum Basel bis vor wenigen Jahren kein aufsuchendes Angebot. Durch die Zusammenarbeit mit rave it safe haben wir das geändert, nun ist dieses Angebot bei der Suchthilfe Region Basel angehängt.

Was brennt heute den Leuten unter den Nägeln?

Heute sind die Themen während der offenen Sprechstunde, wie auch die Klientel anderer Art. Die Veränderung in der Gesellschaft, zum Beispiel die zunehmende Armut und der hohe Leistungsdruck, der heute schon im Kindergarten beginnt, beschert uns viel Arbeit. Diesem enormen Druck können viele nicht standhalten. Daraus folgen oft psychische und physische Beeinträchtigungen, die eine Abwärtsspirale auslösen können.

Auch der Verlust des Arbeitsplatzes, Wohnungskündigungen aufgrund eines Liegenschaftsverkaufs oder wegen aufwändigen Sanierungen, Scheidungen und auch der Verlust von nahen Angehörigen sind immer wieder Themen.

Mittlerweilen ist der untere Mittelstand bei uns angekommen. Ratlos, oft nach einer Odyssee durch alle Institutionen psychisch am Boden und manche kurz vor dem Selbstmord, sitzen sie nun in unserer Sprechstunde. Viele dieser Leute sind traumatisiert. Es sind oft Menschen die nie erwartet hätten, am gleichen Punkt zu stehen wie die sogenannt Randständigen – ein Begriff, den ich hasse. Die Wut darüber, dass sie vom System, in das sie ein Leben lang Geld einbezahlt haben, so im Stich gelassen werden, bekommen wir verbal zu spüren. Der Gang in die offene Sprechstunde, um eine Meldeadresse zu machen oder uns um Hilfe zu bitten, ist für die meisten sehr unangenehm und oft mit Scham und Wut behaftet. Der Frust, die Ohnmacht und das Nichtmehrweiterwissen bringen Menschen an eine Grenze, die unglaublich explosiv sein kann.

Ganz hart trifft es die SozialhilfebezügerInnen, wenn sie von der Sozialhilfe sanktioniert werden. Erhält man eine Verfügung, hat man genau zehn Tage Zeit, um einen Rekurs zu machen. Verpasst man das, sitzt man mehr als knietief in der Scheisse! Meistens ist die Sachlage nicht eindeutig, und wenn meine Hilfe angefordert wird, beginnt eine Sisyphusarbeit. Ich nenne das «Don Quijotes Kampf gegen die Windmühlen.» Kurzum: Das Klima hat sich verändert, leider nicht zum Besseren.

Wie wirkt sich das aus?

Wir mussten im Oktober 2014 unsere Öffnungszeiten erweitern und eine neue Stelle schaffen, weil wir mit dem Änsturm am Dienstagnachmittag nicht mehr fertig wurden.

Durch die ständige mediale und politische Hetze gegen AusländerInnen sind wir oft mit rassistischen Äusserungen konfrontiert. Der Zusammenhalt und die Solidarität unter der Klientel bröckeln. Der Kampf ums Überleben wird zunehmend härter. Das fordert das Team sehr. So sind wir zum Beispiel viel häufiger verbaler Gewalt bis hin zu bösen Verwünschungen ausgesetzt als noch vor ein paar

Nichtsdestotrotz ist es uns ein grosses Anliegen, gute Arbeit zu machen und das gelingt uns auch. Es gibt viel Klienten, die froh sind um den Schwarzen Peter und dessen Angebot und die uns mit einem Lächeln danken.





SEITE 21





YVONNE BÜRGIN

IN DEN GROSSEN RAT

Haben sich auch der öffentliche Raum und die Aufsuchende Soziale Arbeit in den letzten zehn Jahren verändert?

Ich denke schon. Unsere Klientel verschiebt sich in einem grossen Tempo und gewisse Orte werden ganz gemieden. Prägnant ist die Auflösung der Szene am Rhein und dem Bollwerk. Mit den vielen Buvetten, die auch immer als ein Instrument der sozialen Überwachung dienen und der Vereinnahmung öffentlicher Bestuhlung und dem damit einhergehendem Konsumzwang, werden unsere Leute gezwungen, ihre Stammplätze zu verlassen. Das nennen wir stille Wegweisungen.

Ich könnte jetzt sagen: «Basel ist super! Da werden die Leute im Gegensatz zu Bern in Ruhe gelassen und geduldet.» Aber das möchte ich nicht, weil das nichts anderes als Augenwischerei wäre. Es ist auch in Basel so, dass die Toleranz und das Verständnis gegenüber Menschen, die am Rand stehen, abnehmen. Medial wird das regelmässig ausgeschlachtet, was ein Armutszeugnis ist.

Was vermisst du aus der alten Zeit?

Es bringt nichts, etwas zu vermissen. Heute ist heute und es geht darum zu schauen, was wir bewirken und umsetzen können, damit unsere Klientel einen sicheren Hafen hat. Einen Hafen, in den sie sich zurückziehen und Halt finden kann.

Was ist für dich die grösste Errungenschaft der letzten zehn Jahre im Schwarzen Peter?

Wir haben uns kontinuierlich zu einem starken und stabilen Verein mit einer professionellen Co-Geschäftsleitung entwickelt. Das war harte Arbeit, die uns alles abverlangt hat. Doch die Hartnäckigkeit und unsere authentische Haltung haben sich ausgezahlt. Wir stehen heute an einem Punkt, der an Genialität kaum zu toppen ist und ich glaube auch, dass wir in der Öffentlichkeit stark wahrgenommen werden, gerade weil wir so authentisch und transparent sind.

Findest du das nicht etwas übertrieben? Und was meinst du mit Genialität?

(Lachend) Nein, das finde ich überhaupt nicht. Sieh dir mal die verschiedenen Arbeitshierarchien an: Es gibt kaum noch egalitäre Teams im Jahr 2016. Der Schwarze Peter konnte das Modell retten und wir fahren sehr gut damit. Die flachen Strukturen ermöglichen uns ein schnelles und pragmatisches Handeln. Dadurch sind wir auch enorm kostengünstig und das so gesparte Geld kommt letztlich dem Klientel zugute.

Was ich mit «genial» meine, ist die Tatsache, dass unser Modell nur funktionieren kann, weil wir unsere Egos im Griff haben. Es geht ja nicht per se um uns, sondern um unsere Klientel. Und darum, dem Verein und damit der Gassenarbeit ein langfristiges Überleben zu sichern. Wir versuchen mit unserer Haltung vorzuleben, dass es auch anders geht und sind in der Kommunikation untereinander ehrlich, transparent, kritisch und haben eine riesengrosse Bereitschaft für eine stetige Entwicklung. Der Verein und dessen Fortbestehen liegen uns sehr am Herzen.

Weiter finde ich das wir in punkto Öffentlichkeitsarbeit zugelegt und mit unserem Heft PETER eine grosse Aufwertung erfahren haben. Wir werden von den Medien als Fachstelle für die Themen Wohnungslosigkeit, öffentlicher Raum und Armut generell wahrgenommen.

Du bist eine rege Administratorin der Facebook-Seite des Schwarzen Peter. Für was nutzt du sie am meisten?

Facebook dient mir während der Arbeit vor allem dazu, kurze Online-Beratungen zu machen und in Kontakt mit Leuten zu sein, die Hilfe brauchen. Auch ist der Informationsaustausch über das Soziale Netzwerk enorm, wie auch der Nutzen für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Wenn du drei Wünsche frei hättest, was würdest du dir oder der Welt wünschen?

Zum ersten wünsche mir, dass wieder mehr Frieden in die Herzen einkehrt. Dass zum zweiten gegen Ausgrenzung, Hassbotschaften und Hetzerei mit mehr Rückgrat politisiert wird. Und zum dritten, dass die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter», die auf die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention zielt, keinen Erfolg haben wird.

Yvonne Bürgin arbeitet seit zehn Jahren im Schwarzen Peter. Davor war sie zehn Jahre in der Gemeinnützigen Stiftung Wohnhilfe in der Begleitung suchtkranker Menschen tätig. Die ursprüngliche Kirchen- und Rahmenvergolderin und Bewegungstherapeutin war Mitte der 80er Jahre, als HIV und Aids zum grossen Thema wurden, als freiwillige Mitarbeiterin für den Schwarzen Peter auf der Gasse tätig. Sie hat mit dem damaligen Gassenarbeiter Klaus Meyer saubere Spritzen verteilt. Von 1991 bis 1995 arbeitete sie im Light-House Basel und machte Weiterbildungen zum Thema Sterbebegleitung. Als Quereinsteigerin besuchte Yvonne die Höhere Fachschule für Soziale Arbeit in Luzern und liess sich zur Suchtberaterin ausbilden. Von 2004 bis 2009 absolvierte sie auf der Grundlage der traditionellen Chinesischen Medizin eine Ausbildung zur lightbody-Qi Körper- und Gesprächstherapeutin. Yvonnen Bürgin ist Mutter dreier Kinder.



SEITE 23 SCHWARZER PETER



SCHWARZER PETER VEREIN FÜR GASSENARBEIT SCHWARZER PETER

AUSGABE 38 NOVEMBER 2016

